

Nachhaltigkeit vs. Entwicklung? Ein Überblick über 20 Jahre Nachhaltigkeitsdiskurs

Nachhaltigkeit ist das zentrale Schlagwort der Zukunftsdiskussion. Nachhaltige Wirtschafts- und Umweltpolitik, die Entwicklung von nationalen und seit kurzem auch auf Länderebene angesiedelten Nachhaltigkeitsindikatoren und Nachhaltigkeitsstrategien oder Fragestellungen einer nachhaltigen Unternehmensführung sind Thema einer Vielzahl von lokalen, nationalen und internationalen Tagungen und Organisationen. Dabei gibt es offensichtlich völlig unterschiedlich Bedeutungsfelder des Begriff Nachhaltigkeit: Während beispielsweise Greenpeace Nachhaltigkeit als ökologisches Konzept für die dauerhafte Sicherung eines Natur- und Lebensraums versteht, bedeutet Nachhaltigkeit für die Deutsche Bank eine dauerhaft erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit. Es scheint also eine wesentliche Eigenschaft des Nachhaltigkeitsdiskurses zu sein, anscheinend widersprüchliche Akteure und Interessen im Bereich der globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik zu integrieren.

Der Begriff der Nachhaltigkeit stammt ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bezeichnet eine Waldbewirtschaftung, die lediglich den jährlichen Holzzuwachs nutzt. Der bekannteste historische Beleg ist die 1713 erschienene „Naturmäßigen Anweisung zur wilden Baum-Zucht“ des sächsischen Oberberghauptmanns Hans Carl von Carlowitz. Seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts wird der Begriff auch auf den Bereich der Umwelt- und Entwicklungspolitik übertragen. Zunächst in seiner englischen Entsprechung „sustainability“, wird er in dem 1972 erschienenen Buch „The Limits of Growth“ (dt.: Die Grenzen des Wachstums) für eine globale Entwicklung herangezogen, die nicht auf einen unkontrollierbaren Kollaps zusteuert. Die Verwendung als eine Verbindung der politischen Handlungsfelder Umwelt und Entwicklung in Form von „sustainable development“ erfolgte erstmals im Bericht der sog. Brundtland-Kommission. Auf beide – das Buch und den Kommissionsbericht soll im Folgenden noch zurückgekommen werden. Die Rückübersetzung des Begriffs „sustainable“ in das Deutsche führte zu der häufig synonymen Verwendung der Begriffe „nachhaltig“ und „zukunftsfähig“.

Der Entwicklungsdiskurs

Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist aus dem Entwicklungsdiskurs hervorgegangen und hat diesen abgelöst. Um diese These zu belegen, soll zunächst kurz auf den Entwicklungsdiskurs eingegangen werden, der die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt hat. Der Begriff der Entwicklung von Gesellschaften bzw. die Kategorisierung in entwickelte und unterentwickelte Gesellschaften setzt einen normativen Rahmen voraus, der sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus pluralistisch darstellte. Neben den Industrialisierungsstrategien westlicher und östlicher Gesellschaftsordnung, existierte eine Reihe „dritter Wege“, wie Entwicklungsstrategien jenseits der Blockkonfrontation damals genannt wurden. Den theoretischen Hintergrund bildeten verschiedene Entwicklungstheorien, deren inhaltliche Spannweite man grob in modernisierungs- und abhängigkeits-theoretische Ansätze unterteilen kann.

Die Modernisierungstheorie dominierte den Entwicklungsdiskurs in den 50er und 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Sie nimmt eine Unterteilung von Gesellschaften in „moderne“ und „traditionelle“ Gesellschaften vor, wobei moderne Gesellschaften dem Leitbild der industrialisierten europäisch-nordamerikanischen Gesellschaften folgen. Unterentwicklung galt praktisch ausschließlich als Folge endogener Mängel der traditionellen Gesellschaften, wie mangelnder Ausdifferenzierungen des Produktionsprozesses, hierarchischer Sozialstrukturen, mangelnder Bildung oder politischer Partizipation. Demgegenüber zeichnen sich moderne Gesellschaften durch Individualismus, Leistungsmotivation, Demokratisierung, stetiges Wachstum und Massenkonsum aus.

Während die Modernisierungstheorien Unterentwicklung auf endogene Faktoren zurückführt, heben die Dependenztheorien die exogenen Faktoren hervor: Unterentwicklung wird als Folge einer seit Jahrhunderten andauernden abhängigen Eingliederung der betroffenen Gesellschaften in das kapitalistische Weltssystem aufgefasst: unmittelbar in Form des Kolonialismus, mittelbar als Rohstofflieferant und Absatzmarkt für Industrieprodukte im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung. Entwicklung und Unterentwicklung stellen also miteinander verschränkte Prozesse dar, die eine Zurichtung der unterentwickelten Gesellschaften auf die Bedürfnisse der entwickelten Gesellschaften beinhaltet. Die Dependenztheorien wurden in den späten 60er und Anfang der 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts

als Gegenentwurf zu den Modernisierungstheorien vorrangig von lateinamerikanischen Soziologen entwickelt und schlagen als entwicklungspolitische Strategie eine Abkopplung der Entwicklungsländer von dem herrschenden Weltwirtschaftssystem vor, so dass eine eigenständige („autozentrierte“) Entwicklung stattfinden kann. Zahlreiche regionale Handelsabkommen zwischen Entwicklungsländern – wie z.B. der Mercosur – oder bilaterale Beziehung wie sie in jüngster Zeit bspw. von Venezuela in Lateinamerika oder China in Afrika gepflegt werden, sind Ausdruck dieser Entwicklungsstrategie.

So unvereinbar beide Theorien hinsichtlich der Ursachen von Unterentwicklung sind, teilen beide die Vorstellung einer nachholenden Entwicklung der unterentwickelten Gesellschaften als etwas prinzipiell Wünschenswertem. Der Begriff der Entwicklung wird mit einem technologischen Fortschrittsverständnis hinterlegt, dass Industrialisierungsmodell und gesellschaftlichem Naturverhältnis der entwickelten Länder folgt.

Die Krise der Entwicklungstheorien

Der erste große Einschnitt in den Entwicklungsdiskurs erfolgte 1972 durch die Veröffentlichung der Studie „The Limits of Growth“ (Die Grenzen des Wachstums) durch den Club of Rome, einer internationalen Denkfabrik zu Zukunftsfragen. Die Studie untersuchte die Wechselwirkung von Industrialisierung, Bevölkerungswachstum, Welternährung sowie Umwelt- und Ressourcenverbrauch für eine Reihe unterschiedlicher Grundannahmen. Die Schlussfolgerung von Dennis Meadows und seiner Co-Autoren

“If the present growth trends in world population, industrialization, pollution, food production and resource depletion continue unchanged, the limits to growth on this planet will be reached sometime within the next one hundred years. The most probable result will be a rather sudden and uncontrollable decline in both population and industrial capacity.”

sorgte für Aufsehen, da sie die Tragfähigkeit des industriellen (westlichen) Entwicklungsmodells aufgrund äußerer Begrenzungen erstmals grundsätzlich in Frage stellte. Auf einer wesentlich breiteren Datenbasis erschien 1980 die von US-Präsident Carter in Auftrag gegebene Studie „Global 2000“, die Szenarien bis zur Jahrtausendwende entwickelte. Ihre Einschätzung der zukünftigen Entwicklung fassten die Autoren wie folgt zusammen:

“If present trends continue, the world in 2000 will be more crowded, and more vulnerable to disruption than the world we live in now. Serious stresses involving population, resources, and environment are clearly visible ahead. Despite greater material output, the worlds people will be poorer in many ways than they are today.”

Beschleunigte Industrialisierung und ein rapides Bevölkerungswachstum führen zu einer Verknappung von Nahrungsmitteln, der Erschöpfung natürlicher Ressourcen wie Rohstoffen oder Wasser und der Zerstörung des Lebensraums. Der Entwicklung tritt die Umwelt als neues globales Problemfeld an die Seite. Dies geht einher mit einem politischen Perspektivwechsel weg von den unterentwickelten Gesellschaften und Regionen hin zu einer globalen Weltgesellschaft.

Internationale Organisationen greifen das Thema auf, so findet 1972 die erste Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm statt, auf der das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Environmental Programme -- UNEP) ins Leben gerufen wird. 1973 wird das erste Umweltprogramm der Europäischen Gemeinschaft aufgelegt. 1983 wurde von den Vereinten Nationen eine Kommission für Umwelt und Entwicklung (World Commission on Environment and Development) eingesetzt, die nach ihrer Vorsitzenden Gro Harlem Brundtland allgemein als „Brundtland-Kommission“ bezeichnet wird. Diese legte 1987 ihren bereits erwähnten Abschlussbericht vor, dessen Verdienst es ist, die Umweltkrise als Realität und Bedrohung der gesamten Menschheit herauszustellen.

Umwelt- und Entwicklungsdiskurs gehen im Nachhaltigkeitsdiskurs auf

Die Verbindung des Umwelt- und Entwicklungsdiskurses Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts fällt in eine Zeit der Krise der klassischen Entwicklungstheorien. Einerseits entzog der Zusammenbruch des Ostblocks einer Reihe von Entwicklungsstrategien die Grundlage. Andererseits konnten die auf überwiegend endogene bzw. exogene Faktoren gegründeten Entwicklungstheorien viele Entwicklungen, wie beispielsweise die Industrialisierung und Weltmarktintegration von Taiwan oder Südkorea, nicht schlüssig erklären. Darüber hinaus proklamierten viele unterentwickelte Gesellschaften

sowie die Mehrheit der sozialen Bewegungen kulturelle Differenz und leisteten Widerstand gegen eine Vielzahl von Entwicklungsprojekten wie z.B. den Staudambau oder die Erdölförderung.

Das öffentliche Bewusstsein der globalen Umweltprobleme führte in der Folge des Brundtland-Berichts zu einer stärkeren Verschränkung von Umwelt- und Entwicklungsdiskurs. Zunächst findet eine Ökologisierung des Entwicklungsdiskurses statt. Entwicklungsstrategien verlieren ihren auf einzelne Gesellschaften oder Regionen bezogenen Charakter und entwickeln sich zu Entwicklungsstrategien der Weltgesellschaft. Das materielle Verteilungsproblem tritt hinter der Zukunftsfähigkeit der Weltgesellschaft zurück. Auf die dadurch produzierten blinden Flecken wird am Ende dieses Vortrags eingegangen.

Eine zentrale Rolle bei der Verbindung des Umwelt- und Entwicklungsdiskurses zum Nachhaltigkeitsdiskurs kommt der sogenannten Rio-Konferenz zu. 1992 fand in Rio de Janeiro die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Environment and Development) statt. An dieser Konferenz nahmen neben zahlreichen Regierungsvertretern erstmals auch viel Nichtregierungsorganisationen und Vertreter unterschiedlicher sozialer Bewegungen statt. Die Konferenz formulierte im Rahmen ihrer Abschlusserklärung das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Erde. Dabei bezeichnet Nachhaltigkeit eine Entwicklung, die

- im Rahmen des von der Umwelt verkräfftbaren verbleibt,
- die Lebenschancen zukünftiger Generationen nicht schmälert sowie
- einen Ausgleich zwischen Nord- und Süd herbeiführt.

Gleichzeitig wurden Versuche zur politischen Umsetzung unternommen, die über die bisher praktizierte einzelstaatliche Umwelt- und Entwicklungspolitik hinausgehen. Neben der Verabschiedung der Klimarahmenkonvention, die u.a. zum Kyoto-Abkommen führte, wurde mit der „Agenda 21“ ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert verabschiedet, zu dessen Umsetzung sich über 170 Regierungen verpflichteten. Diese hohe Zustimmung wurde jedoch nur durch rechtlich unverbindliche Formulierungen ermöglicht, so dass sich die Agenda 21 besser als ein Orientierungsrahmen gesellschaftlicher Entwicklung charakterisieren lässt. Als wichtigste Handlungsfelder werden u.a. die Armutsbekämpfung, der Schutz der Erdatmosphäre, der Erhalt und die Bewirtschaftung von Ressourcen wie Wasser, Fläche und Boden sowie der Erhalt der biologischen Vielfalt benannt. Die Agenda 21 weist insbesondere den Kommunen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der Ziele zu und fordert eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit sowie von Nichtregierungsorganisationen ein.

Neben dem bereits erwähnten Perspektivwechsel von einzelnen Gesellschaften auf eine Weltgesellschaft, beinhaltet die in der Rio-Erklärung geforderte Berücksichtigung von Aspekten der Nachhaltigkeit einen weiteren Perspektivwechsel von Politik, da politische Entscheidungen nicht aus der Perspektive der jetzigen sondern aus der Perspektive zukünftiger Generationen getroffen werden müssen.

Die Unverbindlichkeit der „Agenda 21“ sorgte in den Nachfolgekonferenzen 1997 in New York und 2002 in Johannesburg für eine gewisse Ernüchterung. Mit Ausnahme des Kyoto-Abkommens zur Reduktion klimarelevanter Treibhausgase, wurde das Thema Nachhaltigkeit vor allem auf kommunaler, regionaler und einzelstaatlicher Ebene aufgegriffen.

Exkurs: Kyoto-Protokoll

Die 3. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention verabschiedete 1997 das Kyoto-Protokoll. Darin wurden erstmals konkrete Reduktionsziele für die wichtigsten klimarelevanten Treibhausgase und für unterschiedliche Staatengruppen festgeschrieben sowie Instrumente für einen Handel mit Emissionen vorgesehen. Insgesamt haben sich die Industriestaaten vertraglich verpflichtet, ihre Emissionen klimarelevanter Treibhausgase bis 2012 um mindestens 5,2 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken. Dabei wurden je nach Ausgangslage unterschiedliche Reduktionsziele für die einzelnen Staaten festgelegt. Insbesondere der Transformationsprozess der osteuropäischen Industrien hatte im Jahr der Verabschiedung in den betroffenen Staaten bereits zu einem deutlichen Rückgang der Emissionen im Vergleich zu 1990 geführt - so auch in Deutschland.

Neben den Reduktionszielen wurden drei Mechanismen definiert, über die Staaten ihre Reduktionsverpflichtungen in anderen Staaten erbringen können:

- Emissionshandel zwischen Industrieländern,

- Klimaschutzprojekte zwischen Industrieländern und
- Klimaschutzprojekte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Dabei wird einerseits das Ziel verfolgt, Emissionen handelbar zu machen und damit als Kosten zu internalisieren. Andererseits werden dadurch Klimaschutzprojekte dort gefördert, wo sie - bezogen auf die Investitionssumme - den größten Effekt erzielen. Ein weiterer Mechanismus erlaubt bis zu einer bestimmten Obergrenze die Anrechnung von CO₂-Senken auf die eigenen Reduktionsverpflichtungen. Dabei kann es sich beispielweise um Projekte zur Wiederaufforstung handeln, mit denen atmosphärisches CO₂ in Biomasse eingebunden wird.

Die Vertragsstaatenkonferenz hatte sich für das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls auf eine Ratifizierung durch mindestens 55 Staaten, die für mindestens 55 Prozent der CO₂-Emissionen der Industrieländer verantwortlich sind, festgelegt. Durch die Weigerung der USA, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren, konnte es erst mit der Ratifizierung durch Russland Anfang 2005 in Kraft treten.

Das Kyoto-Protokoll wird allgemein nur als ein erster Schritt zur Reduzierung der Emission klimarelevanter Treibhausgase angesehen. Auf der einen Seite ist das Inkrafttreten des Protokolls ein Beleg für die Handlungsfähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft angesichts des Klimawandels und für den Stellenwert, den dieser inzwischen einnimmt. Auf der anderen Seite sind die vereinbarten Reduktionsziele von 5,2 Prozent für die Industriestaaten zu gering und werden durch eine Steigerung der Emissionen in den Entwicklungs- und Schwellenländern vermutlich bis 2012 kompensiert. Darüber hinaus beruht der Rückgang der Emissionen in den Industrieländern überwiegend auf Sondereffekten wie dem ökonomischen Niedergang des Ostblocks und weniger auf eigenen Klimaschutzbemühungen.

Die Problemfelder bei der Implementierung internationaler Nachhaltigkeitsstrategien lassen sich am Beispiel des Kyoto-Protokolls sehr gut nachzeichnen: Internationale Vereinbarungen, die eine breite Zustimmung erfahren sollen, tendieren zur inhaltlichen Unverbindlichkeit. Trotz der vergleichsweise moderaten Ziele, hat die Bush-Administration eine Ratifizierung des Abkommens aus innenpolitischen Gründen verhindert und damit das Inkrafttreten viele Jahre blockiert. Das dem Kyoto-Protokoll (und auch weiten Teilen des Nachhaltigkeitsdiskurses) zugrundeliegende Entwicklungsmodell sieht ein globales industrielles Wachstum vor, dass in den unterentwickelten Ländern noch deutlich stärker ausfallen wird und damit in diesen Ländern zunächst zu einem Anwachsen der Emissionen klimarelevanter Treibhausgase führt. Ein weltweites Anwachsen der Emissionen auf das Niveau der Industriestaaten ist allerdings nicht vorgesehen, da es zum Kollaps führen würde.

Nachhaltigkeitsstrategien

Die Entwicklung von lokalen oder staatlichen Nachhaltigkeitsstrategien setzt messbare Ziele voraus, die häufig in Form von Nachhaltigkeitsindikatoren abgebildet werden. Für den kommunalen Bereich wurden beispielsweise in den „Aalborg Commitments“ wesentliche Indikatoren herausgearbeitet, die von den Kommunen nun quantitativ untersetzt werden müssen. Auf Bundesebene hat die im Jahr 2002 verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung 21 Indikatoren festgelegt und mit Zielwerten untersetzt. Derzeit werden auf der Ebene der Bundesländer eigene Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt, die sich jedoch bei den Nachhaltigkeitsindikatoren eng an der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung orientieren (werden).

Die bundesdeutschen Nachhaltigkeitsindikatoren gliedern sich in die vier Bereiche Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt und Internationale Verantwortung. Beispiele für die einzelnen Bereiche sind die Verminderung der Treibhausgasemissionen, das BIP je Einwohner, der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen oder der Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen.

Die bundesdeutsche Nachhaltigkeitsstrategie basiert in wesentlichen Punkten auf Vorarbeiten, die in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ veröffentlicht wurden. Dies ist insofern bemerkenswert, da die Auftraggeber dieser Studie zivilgesellschaftliche Akteure sind. 1995 stellten der Umweltverband BUND und das kirchliche Hilfswerk Misereor die in ihrem Auftrag durch das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie erstellte Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ vor. Die Studie geht von dem Gerechtigkeitsbegriff der Agenda 21 aus, der jede Generation verpflichtet, zukünftigen Generationen eine intakte Natur zu hinterlassen und jedem Menschen das gleiche Recht einräumt, die globalen Umweltressourcen zu nutzen. Daraus leitet sich das Konzept des Umweltraums ab, der jeder Gesell-

schaft zur nachhaltigen Nutzung zur Verfügung steht. Der Umweltraum ergibt sich aus der Trag- und Regenerationsfähigkeit der lokalen Ökosysteme und Ressourcen.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das Niveau des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen Deutschlands weit über den zur Verfügung stehenden Umweltraum hinausgeht. Sollen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben und eine international gerechte Verteilung der Lebenschancen erreicht werden, müssen wesentliche Ressourcenverbräuche und Emissionen bis 2050 um 80 bis 90% reduziert werden. In der Studie wurden Indikatoren als Maßgrößen für den Umweltraum entwickelt und mit Zielwerten hinterlegt.

Im Mittelpunkt der Studie stehen jedoch Leitbilder für den Veränderungsprozess der Gesellschaft. Diese Leitbilder sind überwiegend qualitativer Natur und an christlich-humanistischen Werten orientiert. Sie verstehen sich als Gestaltungsentwürfe für unterschiedliche gesellschaftliche Akteure, wie z.B. Unternehmer, Konsumenten oder Bewohner von städtischen oder ländlichen Regionen.

2008 erschien eine vom BUND, dem kirchlichen Hilfswerk Brot für die Welt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst wiederum beim Wuppertal-Institut in Auftrag gegebene, vollständig überarbeitete Neuauflage der Studie Zukunftsfähiges Deutschland. Darin wird die Entwicklung hinsichtlich der Indikatoren und ihrer Zielwerte seit dem Erscheinen der ersten Studie reflektiert. Trotz starker Abweichungen der realen Entwicklung von den kurzfristigen Zielwerten verzichtet die Neuauflage der Studie auf eine Anpassung der Zielwerte. Vielmehr steht auch hier wieder die Formulierung gesellschaftlicher Leitbilder im Vordergrund.

Zusammenfassung

Der Nachhaltigkeitsdiskurs besteht aus drei Kernelementen, die sich unterschiedlich auf seine politische Praktikabilität auswirken:

- Perspektivwechsel von der einzelnen Gesellschaft auf die Weltgesellschaft
- Perspektivwechsel von der jetzigen auf zukünftige Generationen
- Einbeziehung unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure in den politischen Prozess

Der letzte Punkt ist bemerkenswert unstrittig: Die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Leitlinien und des normativen Rahmens einer nachhaltigen Gesellschaft lässt sich nicht „top down“ realisieren. Dieser Prozess ist auf die breite Mitwirkung aller gesellschaftlichen Akteure auf den unterschiedlichsten Ebenen angewiesen.

Der Perspektivwechsel hin zu zukünftigen Generationen besitzt eine außerordentliche Tragweite, da er ohne einen Verzicht auf die Wachstumsideologie nicht denkbar ist. Gleichzeitig darf aber der Blick auf zukünftige Generationen nicht den Blick auf Verantwortlichkeiten der vergangenen und heutigen Generationen verstellen.

Der Perspektivwechsel von der einzelnen Gesellschaft auf die Weltgesellschaft ist sicherlich das problematischste Element des Nachhaltigkeitsdiskurses und geht zurück bis auf den Brundtland-Bericht. Die vielbeschworene Weltgesellschaft ist fiktional und häufig ein rhetorischer Trick, um gegensätzliche Interessen nicht thematisieren zu müssen. Tatsächlich existiert keine gemeinsame Interessenslage der einzelnen Gesellschaften angesichts der globalen Probleme. Die unterschiedlichen Interessenslagen bspw. der pazifischen Inselstaaten, der OPEC-Länder und der Industrieländer werden durch die Reflexion auf die Weltgesellschaft nur verdeckt, nicht aber in Deckung gebracht.

Dazu ein Beispiel zur Illustration: Innerhalb des Kioto-Protokolls wird zwar den Entwicklungsländern ein Zuwachs an Emissionen von klimarelevanten Treibhausgasen zugestanden, aber bei weitem nicht auf dem Niveau der industrialisierten Staaten. Stattdessen können sich Entwicklungsländer über den Emissionshandel Wiederaufforstungsprojekte finanzieren lassen. Die bisherige Asymmetrie von Entwicklungs- und Industrieländern „Rohstoffquelle ↔ Rohstoffsenke“ wird ergänzt durch „CO₂-Senke ↔ CO₂-Quelle“.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen: Nachhaltigkeit als globaler Orientierungsrahmen gesellschaftlicher Entwicklung hat folgerichtig einen Entwicklungsdiskurs abgelöst, der sich mit seinem Versprechen einer weltweiten Entwicklung nach dem Vorbild der industrialisierten Länder an den "Grenzen des Wachstums" totgelaufen hat. Nachhaltigkeit als politisches Konzept hat ebenso wie Entwick-

lung eine emanzipatorische und eine herrschaftssichernde Seite: Nachhaltigkeitsstrategien auf lokaler und regionaler Ebene können dazu dienen, gesellschaftlicher Kommunikation und politischer Partizipation hinsichtlich der entscheidenden Frage, wie wir zukünftig leben wollen, eine neue Qualität zu geben. Nachhaltigkeitsstrategien auf globaler Ebene können dazu dienen, die ökologischen und sozialen Kosten der Globalisierung bezahlbar und moralisch durchsetzbar zu machen, ohne dass die tatsächlichen Machtverhältnisse dabei thematisiert werden.